



## Memory and Transformation – Erinnerung und Transformation

*Synthese des Webinars vom 1. März 2023*

### 1. Hintergrund

Das Webinar «Memory and Transformation» fand im Rahmen des gemeinsamen Projekts «Allianz für Frauen, Frieden und Sicherheit: Die Stimmen der Zivilgesellschaft in die WPS-Agenda einbringen» statt. Das Projekt wird von FriedensFrauen Weltweit, KOFF swisspeace und Frieda - die feministische Friedensorganisation geleitet und umgesetzt. Durch das Projekt soll sichergestellt werden, dass die Erfahrungen und das Wissen aus der Zivilgesellschaft in die Erarbeitung des 5. Nationalen Aktionsplans 1325 einfließen. Südafrika und die Schweiz hatten 2022 den Co-Vorsitz des «Women, Peace and Security Focal Point»-Netzwerks inne. Um zu einem gemeinsamen Wissensaustausch beizutragen, wurden aus beiden Ländern zivilgesellschaftliche Expertinnen im Rahmen eines Webinars eingeladen.

### 2. Thematischer Fokus

Die Organisation dieses Webinars begann mit der Idee, die Partizipation von Frauen und den Einbezug der Zivilgesellschaft in Transitional-Justice-Prozessen in den Vordergrund zu stellen. In den Gesprächen mit den Rednerinnen fiel auf, dass die Erfahrungen, Stimmen und das Fachwissen von marginalisierten Menschen im Umgang mit dem Erbe und den Auswirkungen der Gewalt nicht ausreichend berücksichtigt werden – weder in der Schweiz, in Südafrika, in Uganda noch in Brasilien. Das Ziel des Webinars war es daher, die Fragen zu beleuchten, was dieser Ausschluss bedeutet, welche sehr realen Folgen er für die Betroffenen selbst, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes hat. Gleichzeitig wurde über mögliche Wege zur Inklusion und zu einer feministischen Transformation in der Vergangenheitsbewältigung und der Friedensförderung diskutiert. Der Begriff «Transitional Justice» (Übergangsgerechtigkeit), der dem Webinar zugrunde liegt, ist weit gefasst, über rechtliche Fragen hinaus und unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Transformationsprozesse. Im Rahmen des Webinars wurden folgende Themen behandelt: kollektive Erinnerung und Gegenerzählungen, feministische Perspektiven auf Frieden, bewaffnete Konflikte und deren Erbe, sowie der Zusammenhang zwischen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt und den Versäumnissen der Vergangenheit und der Gegenwart.

Izabel Barros hat Geschichte studiert und ist in verschiedenen Projekten aktiv, wie etwa im Living Room, einem anti-rassistischen Gemeinschaftszentrum in der Schweiz. Seit Juli 2022 ist sie Doktorandin am Centre d'histoire internationale et d'études politiques de la mondialisation (CHIRM) an der Universität Lausanne, Schweiz. Dort forscht sie zur Schweizer Kolonialgeschichte in Brasilien.

Yaliwe Clarke ist Interimsdirektorin des African Gender Institute und Dozentin für Gender Studies an der School of African and Gender Studies der Universität Kapstadt (UCT), Südafrika. Seit dem Jahr 2000 hat sie in über 11 Ländern des afrikanischen Kontinents mit einer Vielzahl von Frauenrechtsaktivist:innen, Friedensstifter:innen und Konfliktlöser:innen zusammengearbeitet.

Helen Scanlon arbeitet sowohl als Praktikerin als auch als Wissenschaftlerin zu Fragen der Transitional Justice, zum Beispiel im Rahmen des Projekts «Unfinished Business». Darüber hinaus ist sie Leiterin des Programms für Gerechtigkeit und Transformation am Institut für politische Studien der UCT in Südafrika und Gastprofessorin am Overseas Study Programme der Stanford University in den USA.

### 3. Synthese der Inputreferate sowie der moderierten Diskussion

**Yaliwe Clarke** lud die Teilnehmer:innen ein, kritisch über den liberalen feministischen Diskurs nachzudenken. Sie beschrieb diesen Diskurs als Teil eines globalen Kolonialismus, der im Kern rassistisch, patriarchal, heteronormativ und eurozentrisch ist. Im Gegensatz dazu, sieht Clarke es

als unerlässlich, zu verstehen, was Friedensprozesse «on the ground», also bspw. in ländlichen Gemeinschaften, bedeuten. In Bezug auf die UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 sei es daher zentral, ein nuancierteres Bild des Alltags von Menschen in Konfliktgebieten zu zeichnen. Basierend auf ihrer Forschung mit Friedensgruppen in Norduganda, erläuterte sie verschiedene Aspekte, die entscheidend sind, um Feminismus und Friedensförderung zu verbinden und so den Staat als zentrale Definitionsmacht von Frieden und Sicherheit durch die Zivilgesellschaft abzulösen. Ein Beispiel: Gerade in militarisierten Kontexten ist es wichtig, genau zu analysieren, wie sich die politische und sozio-ökonomische Macht von Frauen zusammensetzt. Nur so wird es möglich, die Rolle von Frauen jenseits von Stereotypen zu verstehen. Hier sieht Yaliwe Clarke ein Problem der «Women, Peace, and Security WPS»-Agenda: Frauen und Weiblichkeit wird zwar als essenziell für Friedensprozesse gesehen, wie genau, wird jedoch nicht differenziert. Auch wird nicht analysiert, wie Frauen Kriege und Konflikte (mit-)schüren. Durch eine differenzierte Analyse der Rolle der Frauen kann ihre Macht verstanden und ins Zentrum gestellt werden – ohne den Schwerpunkt auf Frauen als Opfer von Gewalt zu legen oder die Realitäten von Männern ins Zentrum zu stellen. Militarismus ist ein System, das eng mit Kolonialismus verwoben ist. Ein Beispiel dafür ist das militarisierte Bild von Männlichkeit, das in Uganda durch die ehemalige britische Kolonialmacht geprägt wurde und bis heute nachwirkt.

**Helen Scanlon** berichtete vom unvollständigen Transitional-Justice-Prozess in Südafrika und von ihrem Forschungsprojekt «Unfinished Business». Auch wenn Südafrika als Musterfall für einen gelungenen Aufarbeitungsprozess gilt, ist der Prozess laut Scanlon unvollständig. Sie fordert, dass während des südafrikanischen Aufarbeitungsprozesses gemachte Versprechen eingehalten werden müssen – denn die mangelnde Aufarbeitung führe zu einer Reproduktion von Gewalt. Das Leben vieler Südafrikaner:innen ist auch heute geprägt von Armut und Gewalt: Unter den Staaten, die sich nicht in einem bewaffneten Konflikt befinden, weist Südafrika weltweit die höchste Rate von Feminiziden auf, die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist sehr hoch. Scanlon sieht darin, dass der Transitional-Justice-Prozess noch nicht abgeschlossen ist. Das Vermächtnis und die generationsübergreifenden Traumata von 400 Jahren Kolonialismus und Apartheid liessen sich nicht innerhalb kurzer Zeit aufarbeiten. Andererseits müssten gezielt Themen wie geschlechtsspezifische Gewalt aufgearbeitet werden, es sei entscheidend, dass diese anerkannt werde. Auch Reparationen seien nach wie vor von hoher Bedeutung, gerade für Frauen. Mehr denn je müsse Transitional Justice breit definiert werden, jenseits einer ausschließlich juristischen Perspektive. Sie stellte die Fragen: Was wollen wir erreichen? Was ist unser endgültiges Ziel? Bezogen auf den südafrikanischen Kontext hiesse das auch, zu fragen: Was ist schiefgelaufen, bei unserem Versuch, Transitional Justice prozessorientiert zu gestalten? Anhand zweier Fälle illustrierte sie anschliessend, wie sich die mangelnde Aufarbeitung der Apartheid bis heute auswirkt.

**Izabel Barros** legte einen Fokus auf Erinnerung und verdeutlichte, dass es unmöglich ist, den «globalen Norden» vom «globalen Süden» zu trennen. Das Unsichtbarmachen der Schweizer Kolonialgeschichte ist laut Barros in sich eine koloniale Praxis, denn die Schweiz profitierte massiv von der Kolonisierung und sei bis heute Teil des globalen Handels, der koloniale Strukturen reproduziert. Barros unterstrich, wie wichtig es ist, die Erfahrungen von Menschen, die von Kolonisierung betroffen sind, zu inkludieren. Nur so könnten koloniale Kontinuitäten hinterfragt werden. Sie forderte die Schweiz auf anzuerkennen, dass sie eine Verantwortung hat, diese Kontinuitäten aufzuarbeiten und zu durchbrechen. Zum Schluss sprach Izabel Barros der südafrikanischen Zivilgesellschaft ein Lob für ihren progressiven NAP aus, der – anders als der Schweizer NAP – auch eine starke innenpolitische Komponente hat.

In der anschliessenden **moderierten Diskussion** wurden nicht-staatszentrierte Möglichkeiten des feministischen Handelns besprochen. Es wurde angeregt, «pockets of possibilities» zu schaffen, in denen nicht-militärische Ansätze für Konfliktlösungen entwickelt werden können. Der zweite Teil der Diskussion drehte sich um Restorative Justice (Englisch: to restore: wiederherstellen; justice: Gerechtigkeit/Justiz). Restorative Justice beschreibt Ansätze der Transitional Justice und Konflikttransformation, bei denen die Gewaltbetroffenen im Zentrum stehen und gemeinsam nach Lösungen für die Wiedergutmachung des Erlebten gesucht wird. Auch wurde diskutiert, dass «wiederherstellen» (engl. restore) als Verb und nicht als Substantiv verstanden werden sollte. Damit soll ausgedrückt werden, dass es sich um einen Prozess handelt, der aktiv fortgeführt werden muss.